

## **Was lange währte, muss schnell gut werden**

Der positive Entscheid des Bundesgerichts zum Verbot von Business Apartments und kommerziellen Airbnb-Nutzungen in Wohnzonen hat bei den Alternativen Linken unzählige Emotionen ausgelöst. Nach geschlagenen sechzehn Jahren verfügen wir endlich über ein wirksames Instrument gegen die grassierende Zweckentfremdung von städtischem Wohnraum durch spekulative Tourismus- und Business-Nutzungen. Der unermüdliche Einsatz von AL-Alt-Gemeinderät: innen, Noch-Gemeinderät: innen und Aktivist: innen wurde spät, aber doch belohnt. Was für eine Freude! Die Mühe des Aufbegehrens gegen Spekulanten oder Stadträt: innen an der Macht ist es wert! Nicht für uns, sondern für die Zürcher: innen, die hier in ihrem Quartier ihren Lebensmittelpunkt haben und hier einen Raum zum Wohnen brauchen!

### **Ein politischer Skandal mit Happy End?**

In unserer Freude schwingt auch Wut und Unverständnis mit. Zehn verlorene Jahre gehen auf das Konto des federführenden ehemaligen SP-Hochbau-Vorstehers André Odermatt. Das war, ist und wird ein Skandal bleiben. Ein solch drängendes wohnpolitisches Anliegen wie die Rettung von Wohnraum für die Stadtbevölkerung kann nur vom Schreibtisch in der privilegierten Amtsstube aus ignoriert werden. Noch im Jahr 2020 wischte er die Tatsache weg, dass kommerzielle Airbnb-Anbietende unsere Quartiere aushöhlen und hielt am Antrag auf Abschreibung der Motion Scherr fest. Selbst die staatstragende SP hielt diese exekutive Dienstverweigerung irgendwann nicht mehr aus. Um das Gesicht ihres Hochbauvorstehers zu retten, lancierte eine eigene Volksinitiative mit einem catchigen Titel zum Thema. Aber auch die beste Campaign Werbung schleckt nicht weg, wer über Jahre hinweg Teil des Problems und nicht der Lösung war.

## **Task Force für aktive Umsetzung**

Gerade in dieser freudigen Stimmung macht die AL aus ihrem Herz keine Möder\*innengrube. Wir schreiten in diesem Thema voran und besuchen zusammen mit der Stadtbevölkerung die Hotspots in den Strassen von Zürich und organisieren Spaziergänge, bei denen sich Quartierbewohner: innen austauschen und ein Bild der Lage machen können. So auch nächsten Samstag, mit angemeldeten Gästen aus dem Stadtrat. Es ist eindrücklich, zu sehen, wie viele Türklingeln keine Namen, sondern Apartment-Nummern tragen und zu hirnrissigen Preisen vermietet werden. Dahinter stehen Firmen, die nur ein Ziel verfolgen: Profit aus der verzweifelten Situation vieler Menschen in Zürich schlagen. Das ist nun vorbei!

Wir erwarten, dass der Stadtrat das Airbnb-Verbot umgehend in Kraft setzt und dabei allfälligen Rekursen vorab die aufschiebende Wirkung entzieht. Der neue Hochbauvorsteher muss nun eine pro-aktive Rolle einnehmen. Wir verlangen, dass beim Amt für Baubewilligungen eine oder zwei befristete Stellen für eine Taskforce geschaffen werden, damit die in den letzten Jahren erfolgten Umnutzungen möglichst rasch rückgängig gemacht und die zahlreichen zweckentfremdeten Wohnungen wieder in den städtischen Wohnungsmarkt zurückgeführt werden können.

Was lange währte, muss schnell gut werden!

Für Rückfragen

Tanja Maag, Gemeinderätin AL, 079 789 68 58

Sophie Blaser, Gemeinderätin AL, 077 406 36 74